

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 051-2016
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.263

Eingereicht am: 10.03.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Gschwend-Pieren (Lyssach, SVP) (Sprecher/in)
Tanner (Ranflüh, EDU)
Moser (Landiswil, SVP)
Sutter (Langnau i.E., SVP)
Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)
Knutti (Weissenburg, SVP)
Burren (Lanzenhäusern, SVP)
Schweizer (Utzenstorf, SVP)
Klopfenstein (Corgémont, SVP)
Studer (Utzenstorf, Parteilos)
Müller (Bern, FDP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Transparenz bei der Informationspraxis auch im Kanton Bern

Der Regierungsrat wird beauftragt, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, damit bei Medienorientierungen über Straftaten unter den Angaben zu den Tatverdächtigen und Opfern neben dem Alter auch die Nationalität genannt und damit der Empfehlung der KKJPD gefolgt wird.

Begründung:

In welchen Fällen die Berner Kantonspolizei und die Staatsanwaltschaft von sich aus die Herkunft von Tatverdächtigen mitteilen und in welchen nicht, scheint nach wie vor unklar im Kanton Bern. Ob die Nationalität in einer Mitteilung steht oder nicht, wird von Fall zu Fall entschieden. Oft wird die Nationalität von der Polizei nicht bekannt gegeben. Das stösst auf Unverständnis. Die Mehrheit der Kantone folgt heute den von der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizei-

direktoren (KKJPD) abgegebenen Empfehlungen. Die Empfehlungen sehen vor, dass in Medienorientierungen bei Tatverdächtigen und -opfern neben dem Alter auch die Nationalität genannt wird.

Im Kanton Bern sollte dieser Empfehlung ebenfalls nachgelebt werden, um eine transparente Informationspraxis gegenüber der Bevölkerung zu gewährleisten.

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat